BERICHTE UND DOKUMENTE

Quo vadis, China?

Gerd Kaminski

Es geht nicht um einen, sondern um verschiedene parallel verlaufende Wege, auf denen China mit verschiedenen Geschwindigkeiten unterwegs ist. Am weitesten vorangekommen ist China zweifellos in der

1. Wirtschaft

Die Leistungen auf diesem Gebiet sind umso eindrucksvoller, wenn man die Ausgangssituation im Jahr der Gründung der VR China bedenkt. 1949 betrug das Einkommen pro Kopf 27 US-$, während das Indiens 57 $ ausmachte. Laut dem Weltentwicklungsbericht 2005 der Weltbank belief sich das Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen Chinas im Jahre 2003 bereits auf 1.100 $ (bei Kaufkraftparität 4.990 $). Indien erreichte mit 530 $ nicht einmal die Hälfte des chinesischen Wertes.

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts betrug laut Weltbank zwischen 1990 und 2003 nicht weniger als 9,5%! Der Anteil der Bruttoinvestitionen am BIP lag 2003 bei 42%! Gemäß dem Wirtschaftsausblick der OECD vom Dezember 2004 wuchs die chinesische Wirtschaft im Jahre 2004 um 9,2%, und für das laufende Jahr wird ein Wirtschaftswachstum von 8,0% prognostiziert. Die Regierung ist bemüht, durch eine Straffung der makroökonomischen Politik eine gewisse ‚Verlangsamung' des Wachstumstempos herbeizuführen.

Dass es in der Vergangenheit gelang, eine Überhitzung der Wirtschaft zu verhindern, wird daraus ersichtlich, dass das extrem rasche Wachstum von einer nur moderaten Teuerung begleitet war: Laut Weltbank belief sich der durchschnittliche jährliche Anstieg des BIP-Deflators zwischen 1990 und 2003 auf 4,9%. Gemäß OECD lag die Inflationsrate im Jahre 2004 bei 4,2%, und die Prognose für 2005 lautet 4,0%.

Diese wahrhaft erstaunlichen Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung wurden durch eine Politik der Öffnung nach außen und Strukturreformen im Inneren ermöglicht.

Mit der im Jahre 1978 beschlossenen „Öffnung nach außen" begann eine Außenwirtschaftspolitik, die ausländisches Kapital und Wissen für den Aufbau der chinesischen Wirtschaft zu nützen beabsichtigte. Exporterfolge sollten Devisen für die notwendigen Importe von Anlagen, Ausrüstungen, Maschinen etc. bereitstellen. In der Praxis wurde über dieses Ziel weit hinausgeschossen: Die starke Exportorientierung der Wirtschaft und die Unterbewertung der chinesischen Währung (Wechselkursanbindung des Renminbi an den US-Dollar) in Relation zu den wichtigsten Weltwährungen versetzten China in die Lage, unter Beibehaltung starken Importwachstums (Außenbeitrag von Waren und Dienstleistungen 2003: +1% des BIP) sehr hohe Devisenreserven anzuhäufen: Ende 2004 hatte China mit rd. 600 Mrd. US-$ an

ausländischen Währungsbeständen bereits weit zu Japan (rd. 820 Mrd. $) aufgeschlossen.

Weiters wurde auf ausländische Direktinvestitionen gesetzt. Ihr Umfang war in den achtziger Jahren noch gering, schnellte aber in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hoch. Laut Weltbank betrugen die ausländischen Direktinvestitionen allein im Jahre 2002 nicht weniger als 49,3 Mrd. $. Sie boten (und bieten) der VR China den Zugang zum Weltmarkt über ausländische Partner sowie die Nutzung von Vertriebs- und Absatzkanälen und technischem Wissen.

Der starke Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen konnte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen verbunden werden. Gemäß OECD belief sich der chinesische Leistungsbilanzüberschuss im Jahre 2003 auf 3,1% und 2004 auf ca. 1,1% des BIP. Für 2005 wird ein Positivsaldo von 1,8% des BIP vorhergesagt.

Das extrem rasche Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft war somit nicht auf hohe Netto-Kapitalimporte zurückzuführen. Die chinesische Regierung hat Kapitalimporte in der Form ausländischer Kredite und Portfolioinvestitionen immer streng begrenzt. Der Gegenwartswert der chinesischen Auslandsverschuldung betrug im Jahre 2002 laut Weltbank lediglich 14% des Bruttonationaleinkommens.

Die starke Industrieorientierung der chinesischen Wirtschaft geht aus der sektoralen Zusammensetzung der Wertschöpfung hervor: 2003 entfielen gemäß Weltbank 15% auf die Landwirtschaft, 53% (!) auf die Sachgüterproduktion und 32% auf den Dienstleistungssektor. Von den gesamten Warenexporten des Jahres 2002 waren 90% Fertigwarenexporte, und von diesen Ausfuhren wiederum waren 23% Hochtechnik-Erzeugnisse.

Auf vielen Märkten von Industrieprodukten hat China mittlerweile eine führende Position erlangt. Bei DVD-Geräten, Camcordern, Spielwaren und Schuhen liegt der chinesische Weltmarktanteil bereits jeweils über fünfzig Prozent. Auch im Bereich von Fernsehapparaten, Klimaanlagen und Eisschränken besitzt China eine sehr starke Marktposition. Die VR ist zudem weltweit größter Nachfrager von Stahl, Zement, Kohle und Dünger.

Chinesische Unternehmungen sind inzwischen schon selbst zu weltweiten Akteuren geworden. Diese Tendenz wird verdeutlicht durch Aufsehen erregende Erwerbungen berühmter westlicher Unternehmungen wie jene von Rover durch die Shanghai Automotive Industry Corporation oder der IBM PC-Sparte durch den chinesischen Konzern Lenovo. Zur Sicherung seiner dringend benötigten Rohstoffe wurde China in der jüngsten Vergangenheit zum größten potenziellen Investor in Südamerika. Nachdem sich China bereits im Iran, in Aserbaidschan und im Sudan Rohstoffquellen gesichert hatte, stellte der chinesische Staats- und Parteichef Hu Jintao auf seiner kürzlich absolvierten Reise durch südamerikanische Staaten für die nächsten zehn Jahre Investitionen von 100 Mrd. Dollar in Aussicht.

Zu Chinas weltwirtschaftlicher Rolle hat Huang Jianrong, Professor an der Nankinger Universität, folgende Prophezeiung abgegeben: „China entwickelt sich zur wirtschaftlichen Supermacht und wird so maßgeblich zum Weltproduktion und dem globalen Exportmarkt beitragen." Sind das überzogene Erwartungen? Weniger pathetisch, sondern nüchterner hat der Österreicher Helmut Sohmen, größter

Reeder der Welt und mit Sitz in Hongkong, seinen Kommentar abgegeben: „China hat sich in den letzten Jahrzehnten durch Ermutigung individueller Initiative, durch starken Arbeitseinsatz, durch institutionelle Reformen und durch aktives internationales Engagement zu einer Nation mit hohem ökonomischen Potenzial und beachtlichem politischen Einfluss entwickelt, nicht nur in Asien, sondern in der ganzen Welt."

Auf welche internen Strukturreformen sind diese spektakulären Entwicklungen zurückzuführen? Dafür mögen vornehmlich maßgeblich sein:

- die zunehmende Verlagerung auf den Privatsektor;
- seine wachsenden Erträge bringen reichlich Kapital, welches in Forschung und Entwicklung investiert werden kann.
- Zur Umsetzung des technologischen Fortschritts steht eine Fülle gut ausgebildeter Arbeitskräfte zur Verfügung.

Die Aufgabe verknöcherter ideologischer Positionen hat einen sprunghaften Anstieg der Leistungen des Privatsektors ermöglicht. Während sich zwischen 1978 und 1996 der Beitrag der staatlichen Unternehmungen zum BIP von 56% auf 40,8% und jener der kollektiven Unternehmungen von 43% auf 35,2% reduzierte, erhöhte sich der Beitrag der Privatunternehmungen von 1% auf 24%.

Im Spätsommer 2003 billigte das Plenum des ZK die Aufnahme einer Garantie für das Privateigentum in die chinesische Verfassung. Damit wurde der Dynamik einer Entwicklung Rechnung getragen, welche zwischen 1993 und 2000 durch ein Wachstum der in der Privatwirtschaft tätigen Arbeitskräfte um jährlich 31% gekennzeichnet war. Laut Asiatischer Entwicklungsbank stellt diese Tendenz den wichtigsten Faktor für das Wachstum der chinesischen Wirtschaft dar. Mittlerweilen sagen Schätzungen, dass der Privatsektor ca. 2/3 des chinesischen BIP herstellt.

Es scheint, dass Deng Xiaopings Parole „Es macht nichts, wenn einige früher reich werden als andere" Realität geworden ist, bedenkt man, dass etwa die 7er Reihe von BMW am stärksten in China abgesetzt wird. Selbst Angehörige des mittleren Managements chinesischer Reisebüros leisten sich einen VW Jetta und oft auch ein eigenes Haus.

Der Armutsanteil wurde auf 5% reduziert, was bei 1,3 Mrd. allerdings in absoluten Zahlen immer noch beträchtlich ist. Gemäß der Theorien Deng Xiaopings bemüht sich China gegenwärtig, von einem Land, das schon „einen mäßigen Wohlstand erreicht hat" (Deng), zu einem reichen Land zu werden. China war übrigens schon einmal das reichste Land der Welt, allerdings am Anfang des 19. Jahrhunderts.

Pessimistische Beobachter sehen China und seine ausländischen Investoren auf diesem Weg mit einer Reihe von Hindernissen konfrontiert:

- dem wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen Küsten- und Binnenprovinzen;
- politischer Instabilität und mangelnder Demokratie;
- Rechtsunsicherheit.

Während die Punkte 2 und 3 später in den einschlägigen Kapiteln behandelt werden, gilt es, Punkt 1 im hiesigen Kontext zu erörtern. Gewiss sind die Lebensumstände eines der Angehörigen einer der Minoritäten wie Miao, Dong oder Buyi in den Bergen Guizhous, dessen Dorf vielleicht nicht einmal über eine Straßenverbindung verfügt, eklatant anders als die eines Ar-

beiters in der gegenüber von Hongkong gelegenen wirtschaftlichen Sonderzone Shenzhen.

Dennoch sind Bemühungen der chinesischen Führung nicht zu verkennen, welche diese großen Unterschiede überbrücken sollen. Schon vor längerer Zeit liefen von der Zentrale empfohlene Partnerschaften zwischen reichen und armen Regionen an. Fortgeschrittene „adoptierten" arme Gebiete, um diesen bei der Entwicklung zu helfen. So wurde zum Beispiel das hoch entwickelte Shenzhen für den armen Vetter Guizhou zuständig. Die Wirtschaftskommission Shenzhens förderte Betriebsgründungen in Guizhou, welche dort wirtschaftliche Entwicklung und den eigenen Unternehmen den Vorteil billiger Arbeitskräfte bringen sollten. Zu solchen Maßnahmen kamen in den letzten Jahren gezielte Förderungen des chinesischen Westens, die auch in den Fünf-Jahres-Plänen ihren Niederschlag fanden.

Im Einklang mit diesen Gewichtungen geht man derzeit in China daran, von Shanghai aus über den Yangtsekiang und von Kanton aus über den Perlfluss die zurückgebliebenen Regionen zu entwickeln. Zhang Dejiang, der mächtige Parteisekretär der Provinz Kanton, hat einen „9 plus 2-Plan" vorgelegt, welcher eine gemeinsame Strategie für neun Provinzen vorsieht, finanziert durch die beiden Sonderverwaltungszonen Hongkong und Makao. Es handelt sich um die Provinzen Kanton, Fujian, Jiangxi, Hunan, Guangxi, Hainan, Guizhou, Yunnan und Sichuan. Dies ist eine Entwicklung, welche „The Economist" Ende November 2004 zu dem Aufmacher auf der Titelseite veranlasst hat: „China's growth spreads inland".

Eine beträchtliche Unterstützung erfährt Chinas wirtschaftlicher Fortschritt durch die Aktivitäten der ca. 50 Mio. Überseechinesen, welche China verbunden geblieben sind und für einen ständigen Investitionsfluss und Know how–Transfer sorgen. Überseechinesen besitzen nicht weniger als 1/10 der Grundstücke von San Franciscos Downtown. In Silicon Valley ist eine große Zahl der wichtigsten Firmen in der Hand von Überseechinesen. Alles in allem kontrollieren die Überseechinesen in den USA und in vielen anderen Ländern somit enorme Werte.

Die hohe Bewertung der Bildung spiegelt sich in den kalifornischen Studentenzahlen wider. Chinesen stellen dort 36% der Studenten. In den Vorbereitungskursen für das College sitzen 50% Chinesen gegenüber 34% „Weißen". Damit ist ein weiterer Weg Chinas angesprochen, der mit dem wirtschaftlichen eng verbunden ist und ebenfalls sehr erfolgreich beschritten worden ist:

2. Bildung

Während der Kulturrevolution ging China fast eine gesamte Ausbildungsgeneration verloren. Mittelschulen führten ihre Klassen nur bis Ende der Unterstufe. Mao beschränkte die Universitätsstudien – falls überhaupt welche angeboten wurden – auf genau drei Jahre.

Nach dem Sturz der „Viererbande" zwischen 1976 und 1979, welcher durch den Tod Mao Zedongs ermöglicht worden war, versuchte man fieberhaft die Bildung wieder zu einem vorrangigen Wert zu machen. Deng, der Schöpfer des Post-Mao-China, erklärte dies im August 1978 einer Delegation der Österreichisch-chinesischen Gesellschaft im Beisein des Autors. Schon vorher hatte Deng in Streitgesprächen innerhalb der Partei seinen Unmut über die Situation der Intellek-

tuellen geäußert, jener Intellektuellen, welche von Mao als „stinkende Kategorie" bezeichnet worden waren. Es könne nicht sein, so sagte er, dass man sich nicht in die Bibliotheken traue, um nicht als Bücherwurm verschrien zu werden. Der österreichischen Delegation gegenüber ließ Deng über sein Hauptanliegen keine Zweifel bestehen: „Was ich am besten beherrsche" sagte er „sind eigentlich militärische Angelegenheiten. Doch verwende ich nun meine ganze Kraft auf die Förderung der Bildung, denn dort liegt die Zukunft des Landes."

Diese Aufgabe war nicht ganz leicht zu bewältigen. Die Infrastruktur der Bildung ließ sich nicht von heute auf morgen herstellen. Immerhin öffnete Deng Türen in zwei verschiedene Richtungen: Große Zahlen chinesischer Studenten durften ins Ausland und beträchtliche Zahlen ausländischer Lehrer und Experten durften nach China.

Alte Geschichten welche die Schüler zu Höchstleistungen anspornen sollen, werden wieder gedruckt und illustriert. Da ist einmal die, welche von einem Kind erzählt, das immer so lange lernte, bis es vom Schlaf übermannt wurde. Um noch länger lernen zu können, band sich der Knabe mit einer an seinem Haarschopf befestigten Schnur an einen Baum, sodass er jedes Mal hochgerissen wurde, wenn sein Kopf vornüber sank. Eine andere Geschichte aus der chinesischen Überlieferung ermuntert die Kinder zu Ausdauer und handelt von einem Kind, das aus einem Stein eine Nadel schleift. Von beiden Szenarien kann man heute in China sogar plastische Darstellungen kaufen!

Heute ist wiederum intensives, durch Aufnahmeprüfungen zur Volksschule, Mittel- und Obermittelschule sowie zur Universität überprüftes Lernen gefordert, mit welchem sehr früh begonnen wird. Bereits mit Dreijährigen wird im Kindergarten eine Art Vorschule durchgeführt, sodass die Kinder beim Eintritt in die Volksschule Grundkenntnisse im Lesen, in Mathematik und musischen Fächern besitzen. Auf die Entwicklung der Gedächtnisleistung wird großer Wert gelegt. Die phänomenalen Leistungen, welche dabei erzielt werden, gehen auf alte Zeiten zurück, als die Klassiker auswendig gelernt werden mussten.

Das chinesische Schulsystem ähnelt also sehr dem Südkoreas, dessen Schüler in der letzten PISA-Studie so gut abgeschnitten haben, wobei das Südkoreas wiederum sehr an das Japans erinnert. Das gilt für die Vorteile wie auch für die Nachteile. In allen genannten Ländern ist der kompetitive Druck enorm.

Je nach der bei den Aufnahmsprüfungen erreichten Punktezahl können die Studenten damit rechnen, dass ihrer Bewerbung um Aufnahme in eine der Elite-Universitäten entsprochen wird oder nicht. Nur die Abgänger von Elite-Universitäten können nach der Graduierung mit einem guten Stellenangebot rechnen.

All dies zeugt von einem enormen Leistungsdruck, dem nicht jeder gewachsen ist. Die Anzahl der wegen schlechter Noten begangenen Selbstmorde ist hoch. Gegenwärtig beschäftigen sich chinesische Institutionen wie die Pekinger Pädagogische Universität damit, Vorschläge zu erarbeiten, wie man den gegenwärtig auf den Schülern lastenden Druck mildern könnte.

Druck lastet aber nicht nur auf den Schülern, sondern auch auf ihren Eltern. Das chinesische Bildungssystem ist nicht mehr kostenlos. Die Studiengebühren an den Universitäten entsprechen in der Höhe jenen, die derzeit in Österreich gelten. Allerdings –

und das ist ein maßgeblicher Beitrag auf dem Weg Chinas in Richtung eines fortgeschrittenen Bildungssystems – übertrifft die Opferbereitschaft chinesischer Eltern und Familien bezüglich der Ausbildung ihrer Kinder die im Westen vorhandene um ein Vielfaches. Chinesische Eltern sind bereit, einen großen Teil ihres Einkommens zu opfern, Familien legen ihre Ersparnisse zusammen, damit wenigstens ein Kind eine höhere Bildung genießen kann, und oft spart ein ganzes Dorf für die Erziehung eines viel versprechenden Jugendlichen. Dass die Familien zu dem Zweck sogar Kredite aufnehmen, ist keine Seltenheit.

Zu diesen Privatinitiativen kommen wichtige staatliche Maßnahmen. 200.000 von insgesamt 300.000 chinesischen Auslandsstudenten, welche im Ausland verblieben waren, wurden durch bessere Arbeitsbedingungen und Intensivierung der Wissenswirtschaft Anreize zur Rückkehr geboten. Tatsächlich gelang es, hier eine Trendwende herbeizuführen. Personen, die es zu Schlüsselpositionen im Ausland geschafft haben, will man dazu bewegen, unter Appellierung an ihren Patriotismus zu Gastprofessuren oder zumindest zu Symposien ins Heimatland zurückzukehren, um auf diese Weise von ihrer hochwertigen Expertise zu profitieren.

Aber auch für Lehre und Forschung in China wurden besondere Bedingungen geschaffen. Im Rahmen des Planes „863", für den das Ministerium für Wirtschaft und Technologie sowie das Militär verantwortlich sind, werden folgende Bereiche mit Priorität gefördert: Elektronik und Informationstechnologie, Biotechnologie und pharmazeutische Industrie, neue Materialien, fortgeschrittene Fertigungstechnologie, Raumfahrttechnologie, neue Energien und Technologien zum Energiesparen, Umweltschutztechnologie, Meerestechnologie, Nukleartechnologie und neue Technologien zur Ausrüstung kleiner und mittlerer Unternehmungen. 1998 wurde der Plan „973" verkündet, mit dem die Grundlagenforschung in Gebieten wie Biologie, Mathematik, Astronomie und Chemie unterstützt wird.

Die Einbindung der Universitäten soll das Projekt 211 sichern, welches in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zur Auswahl von 100 Universitäten führte, die im 21. Jahrhundert den Sprung zur Weltspitze schaffen sollen. Eine wesentliche Rolle bei diesem Sprung zur Weltspitze, welcher seinerseits die *High Tech*-Produktion Chinas katapultieren soll, spielt die Vernetzung zwischen den Schwerpunkt-Hochschulen und den mit ihnen verbundenen Firmen, deren Gründung ermutigt und gefördert wird. Paradebeispiel ist die oben als Käufer der IBM PC-Produktion erwähnte Firma Lenovo, die aus der Akademie der Wissenschaften hervorgegangen ist.

Einen wesentlichen Beitrag zur Innovation in China liefern auch die Gründungen von *High Tech*-Parks in China, zu denen ebenfalls von der chinesischen Führung aufgerufen wird. Einen Geschmack davon wird man in nicht allzu ferner Zeit in Wien bekommen. Eine Delegation des chinesischen Wissenschaftsministeriums prüfte im Jahr 2004 Standorte in Wien, weil das Ministerium vor hat, in der Bundeshauptstadt ein großes Technologiezentrum für Mitteleuropa zu errichten, von wo chinesische *High Tech*-Firmen den europäischen Markt bearbeiten können.

3. Die Außenpolitik

Hinsichtlich des außenpolitischen Verhaltens ist ebenfalls zu vermerken,

dass China ein großes Stück weiter gekommen ist. Die Lasten der Vergangenheit sind auf diesem Weg nach und nach über Bord geworfen worden. Diese ideologischen Bürden waren beträchtlich.

Es ist das Verdienst Deng Xiaopings, Anfang der 1980er Jahre mit der Theorie der Unvermeidbarkeit des Krieges Schluss gemacht zu haben. Gleichzeitig wurden – ebenfalls durch sein Wirken – der nationale und internationale Klassenkampf aufgegeben.

Während der letzten zwanzig Jahre machte die chinesische Außenpolitik einen grundlegenden Wandel in Richtung der Nutzung traditioneller Instrumentarien durch. Wichtiger Mitgestalter dieser neuen Architektur der chinesischen Außenpolitik war übrigens der frühere chinesische Botschafter in Wien, Yang Chengxu, in seiner nachfolgenden Funktion als Chef der Hauptabteilung für Grundlagenforschung des chinesischen Außenministeriums sowie als Präsident des ministeriellen Instituts für internationale Beziehungen.

Im Gespräch mit dem Autor bestätigte Botschafter Yang, dass die chinesische Außenpolitik zwei neue wichtige Kriterien aufweist: Entwicklung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und Verfolgung einer von ideologischen Lasten befreiten Interessenpolitik. Ein rezentes Beispiel dafür ist die Reform des Sicherheitsrates. Während China im Sturm und Drang revolutionärer Parolen während der 1970er Jahre zu einer „Demokratisierung" des Sicherheitsrates aufrief, lässt es heute seine Interessen nicht aus den Augen. Das heißt: grundsätzliche Bereitschaft, die Sitze der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu vermehren – aber ohne Vetorecht!

4. Rechtswesen und Menschenrechte

Es gab vor 1978 weder einen Strafnoch einen Zivilkodex, keine Verfahrensgesetze, keine ordentlich ausgebildeten Richter. Als der Verfasser Ende 1976 kurz nach dem Tode Mao Zedongs mit Justizminister Broda in China war, konnte mangels der Existenz eines Strafgesetzbuches nicht festgestellt werden, welcher Rahmen für Fahrraddiebstahl vorgesehen war. Die Richter am Obersten Gerichtshof Shanghais hatten keine juristische Fachausbildung absolviert.

Die Qualität des chinesischen Justizpersonals war nicht so rasch zu ändern. Als der Autor im Jahre 1981 mit Hugo Portisch in China filmte, gab es ein Zusammentreffen mit Richtern des Pekinger Obersten Gerichtshofs. Diese waren sämtlich „Barfuß-Juristen" – ein vom Autor geprägter Ausdruck, der sich an den kulturrevolutionären „Barfußärzten" orientiert. Sie hatten entweder gar nicht oder nur wenige Semester Jus studiert und erklärten im Brustton der Überzeugung, sie würden ihre Zeit nicht mit der Lektüre rechtswissenschaftlicher Fachlektüre verschwenden, sondern wären vielmehr bemüht, die Gedanken Mao Zedongs in ihrer Rechtssprechung durchzusetzen und diejenigen, welche dagegen verstießen, zu bestrafen. „Hart bestrafen!" setzte einer hinzu.

Es war Deng Xiaoping, welcher mit diesen rechtsnihilistischen Positionen aufräumte. Gerade erst wieder rehabilitiert, sorgte er dafür, dass die kulturrevolutionäre Verfassung aus 1975 im Jahre1978 durch eine neue abgelöst wurde, welche wiederum einen Grundrechtskatalog enthielt. Ebenfalls 1978 erhielt die Chinesische Volksrepublik zum ersten Mal ein Strafgesetzbuch,

welches die Rechtssicherheit verbesserte. Andere wesentliche Entwicklungen waren die Rückgabe der Aufsicht über den Strafvollzug vom Sicherheitsministerium an das Justizministerium, die erneute Etablierung des Rechtsanwaltstandes und die Forcierung von rechtswissenschaftlicher Lehre und Forschung.

Es wäre allerdings Schönfärberei, behaupten zu wollen, dass die Verrechtlichung in China bereits weitgehend durchgesetzt ist. Einer der grundlegendsten Mängel besteht darin, dass so wie in den 1950er Jahren die Verfassung zwar eine Reihe von Grund- und Freiheitsrechten enthält, die Durchsetzung mangels Existenz von Ausführungsgesetzen aber heute wie damals nicht gegeben ist.

Es war ein Einzelfall, welcher im Jahre 2003 auf diesen Defekt in tragischer Weise aufmerksam machte. Der 27-jährige Sun Zhigang war ein Bauernbursche aus Hubei, für dessen Kunststudium sein gesamtes Heimatdorf zusammengelegt hatte. Nach seiner Graduierung fand er in einer Textilfabrik Kantons Anstellung als Designer. Wie viele Künstler trug er sein Haar lang. Dies und der Umstand, dass er nachts aus einem Internetcafé herauskam, erregte die Aufmerksamkeit einer Polizeistreife, die ihn nach seinen Papieren fragte. Er hatte gültige Ausweis-, Arbeits- und Aufenthaltspapiere und bot den Polizisten an, sie aus seiner Wohnung zu holen. Diese aber brachten ihn in ein Auffangzentrum für „sanwu-Leute" (Leute, die nicht über die drei wichtigen Ausweisdokumente verfügen), um ihn abzuschieben. Als er sich hartnäckig auf seine Bürgerrechte berief, wurden die Polizisten unwillig und forderten Mithäftlinge auf, ihn zu prügeln. Dies geschah drei Tage lang, bis Sun Zhigang verstarb. Seiner Familie wurde weisgemacht, er sei an Herzversagen gestorben. Sein Vater war aber nicht bereit, das zu glauben. Die Polizei mauerte. Wären nicht die Journalisten einiger Zeitungen gewesen, die den Fall aufgriffen, so hätte kein Hahn mehr danach gekräht. So aber erhielten der neue Partei- und Staatschef Hu Jintao und der neue Ministerpräsident Wen Jia-bao Kenntnis von der Angelegenheit und ordneten eine restlose und schonungslose Aufklärung des Falles an. Wenig später wurde den Polizisten der Prozess gemacht und der Haupttäter zum Tode verurteilt. Die chinesischen Internet-Nutzer, welche nach denen der USA die zweitstärkste Gruppe weltweit darstellen, diskutierten lebhaft darüber und kamen zu dem Schluss: „Ohne die Intervention der Journalisten und der Benützer des Internets wäre rein gar nichts geschehen!"

Die Pekinger Volkszeitung schrieb am 10. Juni 2003: „Ohne dass die, welche mit der Vollziehung des Rechtes beauftragt sind, nicht selbst das Recht respektieren, gibt es keine Garantie, dass sich ein Fall wie der Sun Zhigangs nicht wiederholen wird." Um solche Garantien ging es auch den Rechtswissenschaftlern. An vielen juristischen Schwerpunktuniversitäten im ganzen Land wurden anlässlich des Todes von Sun Zhigang große Symposien abgehalten, auf denen diskutiert wurde, wie man die Rechte des Einzelnen besser schützen könnte. Eine Forderung bezog sich auf die Erlassung von Ausführungsgesetzen zur Verfassung, welche das Procedere und die Zuständigkeiten für eine Individualbeschwerde genau regeln sollten. Andere zielten auf die Einführung eines Verfassungsgerichtshofes und wieder andere auf die Aufnahme der Garantie der Menschenrechte in die chinesische Verfassung.

Dem Verlangen nach Aufnahme der Garantie der Menschenrechte in die Verfassung ist mittlerweile entsprochen worden. Die Erfüllung der anderen Anliegen befindet sich hoffentlich auf einem guten Wege. Dennoch ist Vorsicht geboten! Erst kürzlich hat die chinesische Führung angeblich eine ganze Reihe von Printmedien verboten, darunter auch die renommierte Fazhibao, die Justizzeitung, weil sie unerwünschte Inhalte veröffentlicht hatte. Dies ist zweifellos ein Schritt, welcher Skepsis hinsichtlich einer raschen positiven Entwicklung hervorruft. Ebenso wie die Tatsache, dass sich Anwälte, welche sich allzu sehr in politisch heiklen Fällen engagieren, trotz aller gesetzlichen Bestimmungen im Gefängnis wiederfinden können. Diesen Missstand hat die in englischer Sprache erscheinende chinesische Tageszeitung China Daily bereits am 11. 8. 1998 durch den Artikel aufgezeigt: „Lawyers need to be defended too".

Es wäre Realitätsverweigerung, würde man diese Missstände nicht zur Kenntnis nehmen. Realitätsverweigerung wäre es allerdings auch, den Weg zu ignorieren, welchen die Befassung mit den Menschenrechten in China während der letzten 25 Jahre genommen hat. Zwischen 1958 und 1978/79 wurde in China die klassenunabhängige Qualität der Menschenrechte geleugnet. Dann durften sich Lehre und Forschung wiederum positiv damit befassen, ohne dass sich die Politik dafür begeisterte. Mit der Zeit kam jedoch die chinesische Führung zur Auffassung, dass es notwendig sei, dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Beginnend mit 1991 wurden offizielle Weißbücher zur Menschenrechtslage in China publiziert, ergänzt durch solche, welche Spezialthemen behandelten wie Tibet, Frauenrechte, Kinder, Familienplanung, Religion. Der steigende Stellenwert der Menschenrechte in der chinesischen Politik kam auch dadurch zum Ausdruck, dass unter dem Vorsitz des ehemaligen Kulturministers Zhu Muzhi im Jahre 1993 eine Gesellschaft zum Studium der Menschenrechte gegründet wurde. Damit hatten Staat und Partei der Befassung mit dem Thema „Gesicht gegeben". Ein Jahr darauf gründete sogar die Parteihochschule, die Kaderschmiede der zu höheren Funktionen Berufenen, ein eigenes Menschenrechtszentrum und führte auch mit ausländischen Institutionen, wie etwa der Friedrich Ebert Stiftung, gemeinsame Seminare zum Thema durch. Seit 1991 existieren an der Peking Universität und an der ebenfalls renommierten Volksuniversität Menschenrechtszentren. Das Zentrum an der Volksuniversität führte Forschungsaufträge des Zentralkomitees und des Pekinger Parteikomitees durch. Ein Jahr vorher kam es an der Shandong Universität zu einer ähnlichen Gründung. Dort ließ man es sich angelegen sein, dem einfachen Bürger Informationen über seine Rechte in die Hand zu geben durch Bücher wie zum Beispiel „Erläuterungen über die Rechte und Pflichten der Bürger". Das 1992 gegründete Zentrum an der Wuhan Universität, welche eine juristische Schwerpunktuniversität des Landes ist, geht noch darüber hinaus und führt für benachteiligte Bürger wie Frauen, Jugendliche, Behinderte, Senioren und Haftentlassene Beratungen durch. Es kann auf 10.000 Besucher, 8.000 telefonische Konsultationen, 9.000 Briefbeantwortungen und 700 gewonnene Prozesse allein im Jahr 2000 zurückblicken. Zum Thema Menschenrechte wurde eine spezielle Zeitschrift ins Leben gerufen, und auch populärjuristische Zeitschriften wie „Recht und

Leben", welche sich an den Bürger wenden, wirken aufklärend. Dazu kommen einschlägige Programme der zentralen und lokalen TV-Stationen. Die Sendung des zentralen Fernsehens „Recht und Gesellschaft" erfreut sich einer Frequenz von ca. 100 Millionen Zuseher. Dennoch ist zweifellos noch ein weiter Weg zu gehen. Will das westliche Ausland China als gleichberechtigten Partner behandeln und es auf diesem Weg begleiten, so tut es gut daran, die oben beschriebenen Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen.

Die Rehabilitierung von Konfuzius, welche ab den achtziger Jahren erfolgte, und die Aufnahme seiner Lehren in die sozialistische Ethik haben die Stellung der Frauen in China, die nach Maos Aussagen „den halben Himmel tragen", nicht verbessert. Dort, wo man es sich leisten kann, sieht man es gerne, dass die Frau an den Herd zurückkehrt und sich der Familie widmet. Das Dorf Daqiong, welches im ganzen Land wegen seines rapide anwachsenden Wohlstandes gefeiert wurde, war gleichzeitig ein Beispiel für eine parallel verlaufende Abkehr der Frauen vom Arbeitsplatz. 84% der Frauen kehrten an den Herd zurück. In den öffentlichen Stellen und vor allem in den Unternehmungen entstand ein neues Frauenbild, das sich an Entwicklungen in Hongkong und Südostasien orientierte. Die „xiao mi", die „kleine Sekretärin", jung und schön, wurde zum Ideal, mit dem ältere Jahrgänge nicht mithalten können. Hotels inserieren Sonderangebote für die xiao mis, wenn sie mit ihrem Chef essen gehen, und Reisebüros Sonderkonditionen für gemeinsame – nicht immer bloß berufliche – Ausflüge.

Der wirtschaftliche Aufstieg und die Wiederkehr früherer Verhaltensmuster begünstigen Prostitution und die so genannten „Kanarienvögel" – Konkubinen reicher Männer, welche für ihren Lebensunterhalt sorgen, sie jedoch in einer Art Käfig halten. Ein weiteres Problem, das von der heute in den USA lebenden Universitätsprofessorin Ma Yuanxi 1995 auf der UNO-Frauenkonferenz in Peking angesprochen wurde, ist das „der guten Ehefrauen und freundlichen Mütter", welche von ihr in provokanter Weise in weiterem Sinne auch den „Kanaris" zugerechnet werden, da sie sich unter Aufgabe ihrer Selbstständigkeit vom Ehemann „aushalten" lassen. Dazu zitierte sie den heute wieder gängigen feudalen Spruch: „The brilliant light the sun emits is reflected by the moon. When the husband is famous and wealthy, the wife feels honored and proud."

Umso mehr ist der chinesische Familienverband bemüht, gegen feudale Relikte anzukämpfen und Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein der chinesischen Frauen zu fördern. Am 6. Kongress des Allchinesischen Frauenverbandes 1988 erregten die Vertreterinnen der Provinz Shanxi mit ihrem Modell großes Aufsehen, welches darin besteht, mit den aus den eigenen Betrieben erwirtschafteten Profiten Frauenkader im Dorf zu bezahlen, welche sich im Dorf um die Frauenrechte kümmern sollen. Inzwischen betreiben viele Frauenverbände im Dienstleistungssektor erfolgreiche Unternehmungen, deren Erträge es ihnen ermöglichen, Schulungen durchzuführen und diskriminierte Frauen bei Rechtsstreitigkeiten zu vertreten.

Hinsichtlich der Frauenquote im Parlament steht China mit 21% nicht so schlecht da, doch ist noch einiges bezüglich einer Bewusstseinsveränderung zu unternehmen. Noch immer lachen die männlichen Mitglieder chinesischer Delegationen auf, wenn sie in

Österreich von Gleichbehandlungsvorschriften und Gleichbehandlungsbeauftragten hören.

In Bezug auf die freie Religionsausübung hat sich in China während der letzten 25 Jahre ein grundlegender Wandel vollzogen, welcher auch dartut, dass China zu seinen traditionellen Wurzeln zurückkehrt. Bis Ende der siebziger Jahre konnte der Autor in den Tempeln bloß Buddhismusexperten und keine Mönche antreffen. Ab der Wende zu den achtziger Jahren sucht die Regierung ein positives Verhältnis zu den in China bestehenden großen Religionen. Das sind Buddhismus, Islam, das Christentum in beiden Varianten und der Daoismus. Der wegen seiner magischen Aspekte verdächtige Daoismus wurde ganz zuletzt „rehabilitiert". Gottesdienste und die Ausbildung des Nachwuchses wurden wieder erlaubt. Als der Autor 1981 gemeinsam mit Hugo Portisch und Sepp Riff im Großen Lama Tempel in Peking, drehte erklärte der Abt freudestrahlend, er sei gerade von einer Reise durch die Innere Mongolei zurückgekommen und habe sechzehn Novizen im Alter von 12 bis 14 Jahren mitgebracht.

Der Buddhismus floriert. Der Staat trägt zur Erhaltung der Klosteranlagen bei und benützt die Religion auch als Vehikel zur Pflege der Beziehungen mit den ost- und südostasiatischen Staaten. Diese Methode wird auch gegenüber dem Daoismus angewandt. Es existiert im südlichen China eine so genannte Mazu- oder Tianhou-Kultur, welche in ganz Südostasien, in Kalifornien und sogar in Brasilien ihre Anhänger hat. Mazu war ein Fischermädchen aus Fujian, welche nach ihrem Tod zur Himmelskaiserin, zur Schutzgöttin des Meeres aufgestiegen ist. Unter dem wohlgefälligen Auge der Behörden reiste vor einigen Jahren die Statue aus dem Haupttempel in Fujian mit der Evergreen Airline nach Taiwan, um den Mazu-Statuen in den dortigen Tempeln einen Besuch abzustatten. Bei Prozessionen und Tempelfesten, welche mit unseren kirchlichen Feier- und Kirchtagen vergleichbar sind, wirken die Parteifunktionäre mit und lassen sich in den Tempeln auch gerne Karrieresprünge wahrsagen.

Der von den ethnisch chinesischen Hui praktizierte Islam ist tolerant und wurde zur Zeit Maria Theresias sogar vom chinesischen Kaiser Qian Long den missionierenden Jesuiten als Vorbild der Toleranz entgegengehalten. Belasteter ist das Verhältnis der Zentrale zu den moslemischen Minoritäten in Xinjiang, wo die Taliban, aber auch Geistliche aus den ehemaligen sowjetischen Republiken versuchten, den Fundamentalismus zu verbreiten. Von den beiden Spielarten des Christentums tat sich die protestantische leichter, weil sie im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche dezentral arbeitet. Es ist nicht allgemein bekannt, dass sich in Nanking ein großes staatlich gefördertes Zentrum christlicher Kunst befindet. Das vielfältige Schaffen dokumentiert sich in zahlreichen Bildern und Plastiken. Es gelang dem Autor gemeinsam mit dem Kunsthistorischen Museum, eine Auswahl dieser Werke zum ersten Mal nach Europa zu bringen, welche dann im Palais Harrach von vielen bestaunt wurden, die sich nicht hatten vorstellen können, dass so etwas in China möglich sei.

Das Schicksal der katholischen Landeskirche war schwieriger. Der Primat des Papstes und vor allem die diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und dem Vatikan bildeten erhebliche Hindernisse. Während der letzten ca. zehn Jahre hat sich eine Annäherung ergeben. Der Chef der chinesischen

katholischen Kirche, Bischof Fu Tieshan, versicherte dem Autor in mehreren Gesprächen, dass es kein Problem sei, den geistlichen Primat des Papstes anzuerkennen. Die chinesischen katholischen Kirchen sind voll, wie man in den Dokumentarfilmen Dr. Hugo Portischs der Jahre 1981 und 1996 sehen konnte. Es bleiben die Probleme der Anerkennung Taiwans durch den Vatikan und das der so genannten Untergrundkirche.

Die diplomatische Anerkennung wird wahrscheinlich während der nächsten Jahrzehnte erfolgen. Hinsichtlich der verbesserten inoffiziellen Beziehungen Roms zum chinesischen Klerus versuchen katholische Taiwanesen vergeblich, den Heiligen Stuhl zu einer Protegierung der Untergrundkirche zuungunsten der Staatskirche zu bewegen. Dazu erklärte der Bischofkoadjutor in Hongkong-Joseph Zen: „Die Verhältnisse der Kirche in China sind kompliziert, und nur Gott kann urteilen." Die letzten Ordinierungen chinesischer Bischöfe erfolgten immerhin mit offizieller Bestätigung durch den Vatikan und im Beisein offizieller weltlicher Würdenträger.

5. Parteikurs und Demokratie

Das weiteste Stück hat China wohl noch auf dem Weg zur Demokratie zurückzulegen. Der Sturz der kulturrevolutionären „Viererbande" nach dem Tode Maos im Herbst 1976 wies noch keineswegs in eine neue politische Richtung. Es handelte sich dabei um eine Art Putsch der „chinesischen Prätorianer" unter ihrem Kommandanten Wang Tongxin, der jene Einheit befehligte, welcher der Schutz der Palastregion Zhongnanhai anvertraut war, wo die Parteispitze wohnte und arbeitete. Offensichtlich war die Witwe Maos mit ihren unverhohlenen Nachfolgeansprüchen suspekt. Ansonsten fuhr man den linken Kurs weiter und kritisierte nach wie vor Deng Xiaoping, der im April 1976 aller Funktionen bis auf seine Parteimitgliedschaft enthoben worden war.

1978 setzte er sich dann durch und entledigte sich des „Reservemaos" Hua Guofeng, dessen Bilder – manchmal einige Zentimeter kürzer – seit Herbst 1976 in den Amts- und Parteistuben geprangt hatten. Deng, der während der Kulturrevolution wegen seines Pragmatismus scharf angegriffen worden war („Es ist gleich, ob eine Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache sie fängt Mäuse"), verordnete der Partei wiederum Pragmatismus: Aus der Praxis lernen. Sich von Stein zu Stein fortbewegend den Fluss überqueren. Maos Anweisungen waren nicht mehr sakrosankt. Die „Was-immer-Fraktion" („Was immer Mao Zedong gesagt hat, ist richtig") wurde aus ihren Funktionen gedrängt. Die Volkskommunen wurden aufgelöst und der großen Masse der Landbevölkerung, welche 2/3 der Gesamtbevölkerung ausmachte, die Chance gegeben, auf eigene Rechnung zu arbeiten und den Lebensstandard zu verbessern. Deng schuf sich in der Akademie für Sozialwissenschaften eine Denkfabrik, deren Vorschläge zur Umgestaltung des Landes für ihn schließlich zu weit gingen. Deng Xiaoping war ein Macher, aber kein Demokrat. Er ließ die Unterdrückung der Proteste am Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989 zu und handelte nachher als Verfechter uralter chinesischer Strategeme. Gemäß dem Prinzip „Den Hahn töten, um die Affen zu erschrecken" ordnete er an, den Kreis der zu bestrafenden Rädelsführer möglichst klein zu halten, gegen diese aber energisch vorzugehen. An-

dererseits ließ er die konservativen *Hardliner*, welche glaubten, jetzt sei ihre Stunde gekommen, schon wenige Tage nach den Ereignissen wissen, dass sich am chinesischen Reformkurs nichts ändern werde.

Hinsichtlich der Chancen auf Reformen erklärte ein ehemaliger chinesischer Minister dem Verfasser damals: „Kleine Hoffnungen gibt es immer, aber keine großen". Trotzdem gelang es dem greisen Deng Xiaoping, nochmals eine Kurskorrektur vorzunehmen und die Weichen von einer rigiden kommunistischen Planwirtschaft in die Richtung einer „sozialistischen Marktwirtschaft" zu stellen. Er befreite die Marktwirtschaft vom Odium, kapitalistisch zu sein, und stellte fest, Plan- oder Marktwirtschaft seien keine Kriterien, um den sozialistischen Charakter eines Staates zu definieren. Deng betonte, dass es neben der Marktwirtschaft auch noch andere nützliche Elemente gäbe, die man ohne Sorge vom Westen übernehmen könne.

Nach seinem Tod wurde allerdings von der darauf folgenden Führung mehr der wirtschaftliche Aspekt betont. Mit den anderen wie der Demokratie ging man eher zögerlich um. Es ist Realität, dass es heute auf dem Land eine Basisdemokratie gibt, denn die Dorfvorsteher werden frei gewählt und sind nicht immer Kommunisten. Jedoch wird alles, was darüber ist, von der Partei determiniert. Kritik an Staat und Partei wird straffrei zugelassen, wenn nicht ein System dahinter steht. Erfolgt Kritik zwecks Hinterfragung der sozialistischen Grundlagen von Staat und Gesellschaft bzw. der Führungsrolle der KP Chinas mit dem Zweck, systemverändernd zu wirken, dann wird der Kritiker nach wie vor zum Konterrevolutionär gestempelt und gegen ihn mit Härte vorgegangen.

Die Partei zieht es vor, sich selbst zu kontrollieren. In Peking und in den nachgeordneten Provinzparteisekretariaten sitzt die gefürchtete Parteidisziplinarkommission, welche gegen Parteikader vorgeht, die Verfehlungen – meist Korruption – begangen haben. Dass sie bei der Überwachung nicht immer erfolgreich ist, beweisen die Verhaltensweisen des ehemaligen Bürgermeisters von Peking und des früheren Gouverneurs von Guangxi, welche mit zahlreichen Konkubinen einem dekadenten Luxusleben frönten, dessen Finanzierung sie mit kriminellen Mitteln ermöglichten.

Schon Anfang der 1980er Jahre hat der altgediente Parteikader und frühere Vizeaußenminister Wang Bingnan bei seinem Besuch in Österreich geäußert, es wäre gut, wenn die KP durch die Politische Konsultativkonferenz kontrolliert werden könnte. Die Politische Konsultativkonferenz besteht wie das Parlament (Volkskongress) auf nationaler wie lokaler Ebene und zählt zu seinen Mitgliedern Vertreter der Minoritäten, Religionsgemeinschaften und von Berufsgruppen wie Wissenschaftlern und Künstlern. Sie hat, wie schon der Name sagt, bloß konsultativen Status. Es wäre also kein Risiko gegeben, würde man solchen Vorschlägen in China folgen. Mit den kleinen Parteien arbeitet man seit den 1940er Jahren zusammen. Man kennt sich. Dennoch hat sich die KP bis jetzt zu solchen völlig ungefährlichen Schritten nicht durchringen können. Im Gegenteil, tritt ein altgedienter Parteikader von der ersten Reihe der politischen Bühne ab, so gibt man ihm noch eine Funktion in der Politischen Konsultativkonferenz, damit er Dienstwagen mit Chauffeur, Reisen und andere Privilegien nicht entbehren muss. Was die Volkskongresse betrifft, welche theoretisch die Verwaltung

überwachen sollen, so sind Tendenzen erkennbar, dass sich Provinzparteisekretäre zusätzlich den Vorsitz im Volkskongress zulegen, damit sie in jenen westlichen Staaten, die kein Protokoll für Parteisekretäre haben, doch mit einem gehobenen Empfang rechnen können.

Die „Kronprinzenpartie" innerhalb der KP, welche aus Nachkommen der Vertreter in Staats- und Parteispitze besteht, liebäugelt schon seit Jahren mit dem Muster Singapurs: autoritäre konfuzianische Ethik, strammes Regime, gepaart mit wirtschaftlichem Erfolg.

Die chinesische Bevölkerung hat bis jetzt das bestehende System relativ gut angenommen. Man hat sich mit der Macht arrangiert. „Wie der Hund dem Geruch der Blähung, so folgt der Mensch den Mächtigen", lautet ein altes chinesisches Sprichwort. Man tauscht eingeschränkte Rechte gegen den paternalisierenden Schutz durch Partei und Regierung.

Dieses System wurde allerdings im Jahre 2003 durch die Ereignisse im Zusammenhang mit SARS erschüttert. Der Schutz von oben funktionierte nämlich damals nicht. Immerhin hatte die chinesische Führung in ihren Weißbüchern über Menschenrechte das Recht auf Leben als wichtigstes herausgestellt und sich dessen Sicherung zugute gehalten! In Kanton, wo die Seuche ausbrach, aber auch andernorts wurden die Krankheitsfälle zuerst wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Um oben nicht aufzufallen, wurden sie nicht weitergemeldet. Als die unvorbereiteten Spitäler Pekings die ersten SARS-Patienten aufnahmen und sich in Kantoner Spitälern nach Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten erkundigten, verweigerte man ihnen die Auskunft. Gegenmaßnahmen wurden viel zu spät ergriffen. Die Seuchenbekämpfungsinfrastruktur erwies sich als kaum existent, weil man zugunsten betriebswirtschaftlicher Kennziffern keine Mittel vorgesehen hatte. Es gab Spitäler in Kreisstädten, die man vorher an den Meistbietenden verkauft hatte. Die Menschen waren verzweifelt und hilflos und begannen schließlich die Schuldigen für das Desaster ganz oben zu suchen. Im Internet wurde Jiang Zemin angekreidet, dass er mit seinem Sohn nach Shanghai geflüchtet war, wo relativ wenig Fälle aufgetreten waren. Immerhin, die neuen Führer Hu Jintao und Wen Jiabao wagten sich in die am meisten befallenen Gebiete, um durch ihre persönliche Anwesenheit Mut und Solidarität zu zeigen. Zeitungen und Professoren verlangten angesichts des Versagens der Behörden und der zahlreichen Opfer mehr politische Transparenz, mehr Information und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung – etwa durch die Erweiterung freier Wahlen von den Dorfregierungen auf die Kreisregierungen. Viel ist allerdings seitdem nicht geschehen.

Immerhin hat die chinesische Führung kürzlich erklärt, den Marxismus umschreiben zu wollen. Damit folgt sie einer alten These Deng Xiaopings, welcher im September 1973 vor einer österreichischen Delegation im Beisein des Autors eine heftige Debatte führte. Er erklärte nämlich, China exportierte keine Ideologie. Darauf fiel ihm sofort Botschafterin Ding Xuesong, eine sehr streitbare Dame, ins Wort und korrigierte ihn unter Hinweis auf die damalige Sprachregelung, man exportiere keine Revolution. Deng aber wiederholte in aller Gelassenheit seinen Ausspruch und erläuterte ihn dann. Marx und Engels, so meinte er, hätten bei der Formulierung des Marxismus nicht an China gedacht, wo ganz andere Voraussetzungen bestünden.

Etwa 100 Experten wurden damit beauftragt, der herrschenden Ideologie eine neue Fassung zu geben. Man wird sehen, wie viel konfuzianische Autokratie sie zulassen werden. Andererseits kamen die letzten großen Delegationen des chinesischen ZK nach Österreich, um mit hiesigen Parteien über innerparteiliche Demokratie, das Verhältnis zwischen Parlamentsfraktion und Regierung und Ähnliches zu diskutieren. Auch die chinesischen Gewerkschaften haben ihre frühere Funktion als Erklärer und Umsetzer der Parteipolitik zugunsten der Rolle als Interessenvertretung aufgegeben und tragen so zum Wachsen der für eine Demokratisierung wichtigen Zivilgesellschaft bei.

Man darf die neue chinesische Version des Marxismus mit Spannung erwarten. Dazu zum Abschluss zwei vielsagende Bilder: Mao Zedong wird seit mindestens zehn Jahren als „Christophorus" verkauft, den man an den Rückspiegel hängt, um bei den häufigen Autounfällen heil davonzukommen. Seit mindestens 2000 figuriert er aber auch unter Plexiglaskuppeln als Reichtumsgott, auf den, wenn man das Ganze umdreht, Dollar und chinesische Goldbarren regnen. Andererseits hat die christliche Künstlergemeinschaft in Nanking einen Holzschnitt geschaffen, welcher Adam und Eva zeigt, wie sie, von der Schlange verführt, nach den Früchten eines Baumes greifen. Es handelt sich dabei allerdings nicht um Äpfel, sondern um chinesische Münzen...

Reihe „Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK-Wien“

Band 1: „Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 198 Seiten, 1993, € 21,66.

Band 2: „Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates“, hrsg. von Günther Chaloupek und Bruno Rossmann, 114 Seiten, 1994, € 14,39.

Band 3: „Faktorproduktivität im internationalen Vergleich – Belgien, Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden“, von Franz R. Hahn, Wolfgang Gerstenberger, Willem Molle und F. J. Meyer zu Schlochtern, 114 Seiten, 1995, € 14,39.

Band 4: „Die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 110 Seiten, 1998, € 14,39.

Band 5: „Kapitalismus im 21. Jahrhundert.“ Ein Survey über aktuelle Literatur, hrsg. von Günther Chaloupek und Thomas Delapina, 88 Seiten, 2001, € 14,39.

Band 6: „Finanzausgleich – Herausforderungen und Reformperspektiven“, hrsg. von Bruno Rossmann, 142 Seiten, 2002, € 22,-.

Band 7: „Wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Währungsunion“, hrsg. von Silvia Angelo und Michael Mesch, 138 Seiten, 2003, € 20,-.

Band 8: „US-amerikanisches und EUropäisches Modell“, hrsg. von Michael Mesch und Agnes Streissler, 190 Seiten, 2004, € 25,-.

Band 9: „Öffentliche Wirtschaft, Geld- und Finanzpolitik: Herausforderungen für eine gesellschaftlich relevante Ökonomie“, hrsg. von Wilfried Altzinger, Markus Marterbauer, Herbert Walther und Martin Zagler, 154 Seiten, 2004, € 25,-.

Die Reihe erscheint im LexisNexis Verlag ARD Orac,
1030 Wien, Marxergasse 25, Tel 01/534 42-0, Fax 01/534 52-140,
e-mail: verlag@lexisnexis.at